

Die WASHINGTON POST berichtet über Probleme, die ein militärisches Eingreifen der USA und der NATO in Libyen bisher verhindert haben.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 042/11 – 06.03.11

Obama signalisiert Bereitschaft zum militärischen Eingreifen in Libyen, wenn sich die Krise verschärft

Von Karen DeYoung

THE WASHINGTON POST, 04.03.11

(<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2011/03/03/AR2011030305420.html?hpid=topnews>)

Präsident Obama sagte am Donnerstag, er habe die US-Streitkräfte beauftragt, Pläne zu erarbeiten, die ein schnelles Eingreifen in Libyen ermöglichen, falls sich die dortige Situation verschlechtert.

"Ich möchte nicht, dass wir dann gelähmt sind," sagte Obama. Als Gründe (für ein militärisches Eingreifen) nannte er die Möglichkeit einer humanitären Krise, "eine Situation, in der wehrlose Zivilisten eingeschlossen und in großer Gefahr sind", oder "ein Patt (zwischen regierungstreuen Truppen und Aufständischen), das einen blutigen Verlauf nehmen könnte", wenn sich der libysche Führer Muammar Gaddafi weiterhin der internationalen Forderung, zurückzutreten, widersetzt.

"Gaddafi hat die Berechtigung, (sein Land) zu führen, verloren, und deshalb muss er gehen," sagte der Präsident.

In seiner ersten öffentlichen Erklärung zu Libyen seit dem Ausbruch der ausufernden bewaffneten Auseinandersetzung zwischen oppositionellen Kräften und Gaddafi-Anhängern machte Obama mehrere Einschränkungen und betonte, dass die USA nur "in Abstimmung ... mit der internationalen Gemeinschaft" handeln werden.

"Die ganze Region wird uns genau beobachten, um sicherzustellen, dass wir in dieser historischen Situation auf der richtigen Seite stehen," sagte Obama auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus, die anlässlich des Besuches des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderon stattfand. Obama fügte hinzu, wie in Ägypten und Tunesien sei den US-Interessen am besten gedient, wenn die USA nicht zu offensichtlich auf ein bestimmtes Ergebnis drängen.

Nachdem sie die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen erwogen und Kriegsschiffe ins Mittelmeer verlegt haben, scheinen die USA und ihre Verbündeten am Donnerstag von einem (sofortigen) militärischen Eingreifen Abstand genommen zu haben, obwohl die libyschen Oppositionskräfte ausländische Luftunterstützung angefordert haben.

Nach ihrem unerwarteten Sieg, den sie am Mittwoch im Ölhafen Brega über gut ausgerüstete Truppen Gaddafis errangen, sammelten sich die Rebellen-Kämpfer, um ihre Toten zu begraben und Pläne für den Kampf um Tripolis, die verteidigungsbereite Hauptstadt Libyens, zu machen.

Brega erlitt am Donnerstag mindestens drei heftige Luftangriffe, während die Rebellen in der nahe am Mittelmeer gelegenen Stadt Bishra mit Anhängern Gaddafis zusammenstie-

ßen. In Tripolis scheint der Einfluss der Regierung zu schwinden, weil es ihr nicht gelungen ist, die Pläne für Straßenproteste nach dem Freitagsgebet zu durchkreuzen.

Aktivisten in Bengasi, der im Osten Libyens gelegenen "Hauptstadt" der Rebellen, erwarteten, dass in Tripolis eine Million Menschen (gegen Gaddafi) protestieren würden; in unabhängigen Medien wurde aber nichts über größere Proteste berichtet. Tripolis scheint noch voll unter Gaddafis Kontrolle zu stehen, denn dort war er auf mindestens zwei Kundgebungen von jubelnden Anhängern umgeben.

Inzwischen scheinen zumindest einige westliche Regierungen, die von ihren Militärführungen vor den Risiken einer Intervention gewarnt wurden, von einem militärischen Eingreifen abgerückt zu sein. Obwohl die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und andere ihre Beteiligung unter bestimmten Bedingungen signalisiert haben, wollen sich Italien, Deutschland und andere zurückhalten.

Bei der UNO und im NATO-Hauptquartier stehen nach Aussagen von Diplomaten und Offiziellen keine Entscheidungen an, und es seien auch keine Sitzungen zur Beratung von Libyen-Optionen anberaumt.

"Wir haben keineswegs die Einrichtung einer Flugverbotszone, sondern nur die Planung einer solchen vorgeschlagen," sagte der britische Außenminister William Hague der BBC. "Keine der möglichen Optionen ist ohne Risiken oder einfach zu realisieren."

"Wir unterhalten uns allenfalls darüber, wie wir entscheiden würden, wenn wir eine Entscheidung zu treffen hätten," sagte ein NATO-Vertreter, der wegen des heiklen Problems anonym bleiben wollte.

Die Obama-Regierung und ihre europäischen Verbündeten haben verlauten lassen, dass sie ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates nicht eingreifen werden. Am letzten Wochenende hat dieses Gremium einstimmig harte Wirtschaftssanktionen (gegen Libyen) beschlossen und angekündigt, dass es Menschenrechtsverletzungen nicht dulden werde.

Arabische und afrikanische Regierungen haben neben Russland ernsthafte Bedenken gegen ein vom Sicherheitsrat autorisiertes militärisches Eingreifen angemeldet. Chinas UN-Botschafter Li Baodong sagte am Mittwoch vor Reportern, Peking ziehe die Schlichtung des Streites durch Verhandlungen vor.

Ebenfalls am Mittwoch warnte US-Verteidigungsminister Robert M. Gates vor "leichtfertigerem Gerede" über die angeblich leicht zu realisierende Einrichtung einer Flugverbotszone. "Wir sollten die Dinge beim Namen nennen," erklärte Gates. "Die Errichtung einer Flugverbotszone beginnt mit einem Angriff auf Libyen." (Zuerst müsste nämlich die libysche Flugabwehr ausgeschaltet werden, s. <http://www.tagesspiegel.de/politik/gates-flugverbotszone-bedeutet-angriff-auf-libyen/3912458.html> .)

Gates Sprecher Geoff Morrell dementierte Meldungen, das Pentagon habe damit die Absicht von Regierungsvertretern durchkreuzen wollen, denn Außenministerin Hillary Rodham Clinton hatte letzte Woche erklärt, die Errichtung einer Flugverbotszone werde ernsthaft erwogen.

Gates und die Militärführung seien dabei, eine Reihe von Optionen für Obama vorzubereiten, erklärte Morrell am Donnerstag in einer Sendung des US-TV-Senders MSNBC. Die "Leute sollten sich keine Illusionen machen" über die Schwierigkeiten, die mit einem (militärischen) Eingreifen verbunden wären.

Obwohl keine Informationen über schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen US-Politikern vorliegen, ließen mehrere höhere Regierungsvertreter durchblicken, dass sie die Gates-Äußerungen und ähnliche Erklärungen von US-Generalstabschef Admiral Mike Mullen als Versuch ansehen, ein militärisches Eingreifen (der USA) in Libyen zu blockieren.

Am Donnerstag äußerte sich auch der republikanische Senator John McCain aus Arizona, der bereits am letzten Wochenende ein ernsthaftes Nachdenken über eine Flugverbotszone gefordert hatte, erneut zu dem Problem. "Ich persönlich halte das nicht für leichtfertiges Gerede, ... diese Option sollte man ernsthaft in Erwägung ziehen," sagte er bei einer Anhörung im Senat.

Viele Offizielle aus den USA und aus Europa bezweifeln, dass es zu einem militärischen Eingreifen kommen wird, wenn es nicht zu auffälligen, dramatischen Ereignissen wie intensiven Bombenangriffen auf Zivilisten kommt.

"Es müsste etwas wirklich Schlimmes passieren," meinten NATO-Vertreter. "Dann sagen die Leute, oh mein Gott, jetzt ist es genug."

Nach Berichten aus Libyen hat Gaddafi bisher nur Luftangriffe auf Munitionsdepots und Ölanlagen fliegen lassen. Am Mittwoch meldete Human Rights Watch (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Human_Rights_Watch) einen Raketenangriff, der anscheinend gegen Rebellen auf einem Hauptplatz in Brega gerichtet war, aber niemand verletzte.

Aus Rom teilte das World Food Program (Infos dazu s. http://de.wikipedia.org/wiki/Weltern_%C3%A4hrungsprogramm_der_Vereinten_Nationen) mit, dass ein Schiff, das mehr als 1.000 Tonnen Weizenmehl nach Bengasi bringen sollte, wegen Berichten über Luftangriffe in der Nähe dieser libyschen Stadt mit seiner Ladung wieder nach Malta zurückgekehrt ist.

"Es ist schwierig für uns, zu erfahren, was die Luftangriffe auf dem Boden anrichten," sagte ein europäischer Diplomat. "Wir sehen uns – wie alle anderen auch – nur die Berichte (im Fernsehen) an. ... Ehrlich gesagt, es ist sehr schwierig, genau zu wissen, was dort aktuell eigentlich passiert."

Obwohl sie zögern, militärische Gewalt anzuwenden, fahren die USA, Großbritannien und andere Staaten fort, Truppen in die Region zu verlegen. Am Donnerstag kamen etwa 400 Marineinfanteristen in Athen an, die an Bord der "USS Kearsarge" gehen sollen; das ist eins von zwei US-Landungsschiffen, die in dieser Woche im Mittelmeer eintrafen.

Obama teilte mit, er habe den Einsatz von Transportflugzeugen der US-Air Force angeordnet, "die helfen sollen, aus Libyen geflohene Ägypter in ihre Heimat zurückzubringen", und kündigte an, dass die U.S. Agency for International Development / USAID (s. http://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Agency_for_International_Development) weitere Flugzeuge chartern werde, um auch Staatsangehörige anderer Länder zurückzubringen. Großbritannien und Frankreich hatten Anfang der Woche bereits ähnliche Ankündigungen gemacht.

Ein Sprecher des niederländischen Verteidigungsministeriums teilte mit, seine Regierung stehe in "intensiven Verhandlungen", um die Freilassung einer niederländischen Hubschrauber-Besatzung zu erreichen, die Ende letzter Woche von Truppen Gaddafis festgenommen worden war.

Die Korrespondenten Leila Fadel in Brega, Libyen, Liz Sly und Steve Hendrix in Kairo, die

Reporter Colum Lynch bei der UNO und R. Jeffrey Smith und Walter Pincus in Washington haben zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den aufschlussreichen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The Washington Post

Obama signals willingness to intervene militarily in Libya if crisis worsens

By Karen DeYoung
Washington Post Staff Writer
Friday, March 4, 2011

President Obama said Thursday that he had ordered plans giving the U.S. military "full capacity to act, potentially rapidly," in Libya if the situation there deteriorates.

"I don't want us hamstrung," Obama said. He cited the possibility of a humanitarian crisis, or "a situation in which defenseless civilians were finding themselves trapped and in great danger," or "a stalemate that over time could be bloody" if Libyan leader Moammar Gaddafi continues to resist international demands that he step down.

Gaddafi "has lost legitimacy to lead, and he must leave," the president said.

But in his first public statement on Libya since the outbreak of widespread armed conflict between opposition forces and those loyal to Gaddafi, Obama expressed several notes of caution, stressing that the United States must act only "in consultation . . . with the international community."

"The region will be watching carefully to make sure we're on the right side of history," Obama said at a White House news conference with visiting Mexican President Felipe Calderon. As with Egypt and Tunisia, he said, U.S. interests were best served if the United States was not seen as engineering or imposing a particular outcome.

Having raised the possibility of establishing a no-fly zone over Libya, and after moving warships into the Mediterranean, the United States and its allies appeared Thursday to step back from military intervention, even as opposition forces in Libya continued to call for assistance from foreign air power.

After their unexpected victory Wednesday over well-armed Gaddafi forces in the oil port of Brega, rebel fighters regrouped to bury their dead and to lay plans to carry the fight toward Tripoli, Libya's embattled capital.

Brega was hit Thursday by at least three powerful airstrikes, while rebels clashed with Gaddafi loyalists in the nearby Mediterranean town of Bishra. In Tripoli, there were signs of the government cracking down in an attempt to thwart plans for street protests after Friday prayers.

Activists in Benghazi, the eastern city that serves as the rebel capital, were calling for a million people to protest, but little independent information emerged from Tripoli, where Gaddafi has asserted his apparent control in at least two public appearances surrounded by cheering supporters.

Meanwhile, at least some international leaders appeared chastened by warnings from their military forces that intervention would be complicated and fraught with uncertainty. Although the United States, Britain, France, Canada and others have indicated they would participate, if conditions warranted, Italy and Germany, among others, have said they would not.

At the United Nations and at NATO headquarters, diplomats and officials said that no decisions were pending and that no meetings were scheduled to discuss options on Libya.

"We're not proposing a no-fly zone. We're simply proposing the planning," British Foreign Secretary William Hague told the BBC. "None of these options are pain-free or simple."

"If there's a debate, it's over to what extent we should now decide how we're going to make a decision, if, in fact, we're going to decide," said a NATO official, who spoke on the condition of anonymity to discuss the sensitive issue.

The Obama administration and its European allies have indicated that they would not act without authorization from the U.N. Security Council. Last weekend, that body unanimously adopted tough economic sanctions against Libya and warned it would not tolerate human rights abuses.

Arab and African governments have expressed serious reservations about granting the authority to use force, as has Russia. China's U.N. envoy, Li Baodong, told reporters Wednesday that Beijing wants the dispute to be resolved through dialogue.

Also Wednesday, U.S. Defense Secretary Robert M. Gates warned against what he called "loose talk" about the ease of establishing a no-fly zone. "Let's just call a spade a spade," Gates said. "A no-fly zone begins with an attack on Libya."

Geoff Morrell, Gates's spokesman, dismissed suggestions that the Pentagon was pushing back against administration officials, including Secretary of State Hillary Rodham Clinton, who said last week that a no-fly zone was under active consideration.

Gates and military leaders were providing a range of options for Obama, Morrell said Thursday on MSNBC. But "people should be under no illusions" about what would be involved in such intervention.

Although there were no reports of outright dissension among policymakers, several senior administration officials said they read Gates's comments, and similar statements by Adm. Mike Mullen, chairman of the Joint Chiefs of Staff, as aimed at blocking a military role in Libya.

That point was also made Thursday by Sen. John McCain (R-Ariz.), who last weekend called for serious consideration of a no-fly zone. "Personally, I don't think it's loose talk . . . that this option should be given the strongest consideration," McCain said at a Senate hearing.

A wide range of U.S. and European officials said they doubted that any decision to interve-

ne would come, absent a dramatic, highly visible event such as the widespread bombing of civilians.

"It's got to be graphic, it's got to be real," the NATO official said. "Then people say, 'Oh my God, it's enough.' "

Reports from Libya have indicated government airstrikes on munitions dumps and oil installations. On Wednesday, Human Rights Watch reported a missile strike, apparently aimed at rebels in a main square in Brega, that caused no injuries.

In Rome, the World Food Program said that a ship carrying more than 1,000 metric tons of wheat flour to Benghazi had returned to port in Malta without unloading, after reports of aerial bombardments near the Libyan city.

"It's difficult to know exactly what the situation on the ground is in terms of air raids," a European diplomat said. "We are looking, like everybody else, at the reports we get . . . To be honest, it's very difficult for us to know precisely what is going on hour by hour."

Even as they hesitate to use military force, the United States, Britain and others continued to position military assets in the region. On Thursday, about 400 Marines arrived in Athens en route to the USS Kearsarge, one of two U.S. amphibious assault ships that arrived in the Mediterranean this week.

Obama said that he has also authorized the use of U.S. military aircraft "to help move Egyptians who have fled [Libya] . . . to get back home to Egypt," adding that the U.S. Agency for International Development would charter additional aircraft to return nationals from other countries. Britain and France made similar announcements earlier in the week.

A Dutch Defense Ministry spokesman said his government was in "intensive negotiations" to gain the release of a Dutch helicopter crew involved in relief efforts that were captured over the weekend by Gaddafi forces.

Correspondents Leila Fadel in Brega, Libya, and Liz Sly and Steve Hendrix in Cairo and staff writers Colum Lynch at the United Nations and R. Jeffrey Smith and Walter Pincus in Washington contributed to this report.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern